

Jetzt erst recht – gewerkschaftliche Interessenvertretung stärken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

verdi hatte in diesem Jahr den **Senat zu Tarifverhandlungen** für die arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte an den Berliner Musikschulen **aufgefordert**, nachdem die drei Regierungsparteien unserem politischen Druck im Rahmen der Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlins nachgegeben und Tarifverhandlungen zugesagt hatten.

In den »Richtlinien der Regierungspolitik« hat das Berliner Parlament am 10. Januar 2017 als verpflichtend beschlossen:

»Den Öffentlichen Dienst wird der Senat zum Vorbild für gute Arbeit machen. Die Entlohnung der als Honorarkräfte tätigen Lehrkräfte an Volkshochschulen und Musikschulen wird der Senat erhöhen und prüfen, wie eine bessere soziale Absicherung erreicht werden kann. Dafür werden bei dauerhaftem Tätigkeitsbedarf Honorarverträge in Arbeitsverträge umgewandelt, mit einem Zwischenziel von mindestens 20 Prozent Festangestellten bis 2021. Für arbeitnehmerähnliche Beschäftigte will der Senat eine tarifvertragliche Regelung abschließen.«

Vor wenigen Wochen beantragte das Land Berlin dann in der »Tarifgemeinschaft deutscher Länder«, Tarifverhandlungen in Berlin für den Bereich der Lehrkräfte an Musikschulen führen zu dürfen. Satzungsgemäß muss jedes Bundesland als Teil dieser Tarifgemeinschaft eine Vollmacht für eigene Tarifverhandlungen einholen.

Am Dienstag, den 21. November 2017 haben wir nun in einem persönlichen Gespräch vom Staatssekretär für Finanzen Herrn Feiler offiziell erfahren, **dass das Land Berlin für uns keinen Tarifvertrag abschließen darf. Die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder habe die Erlaubnis nicht erteilt.** Die Ablehnungsgründe wurden uns nicht näher erläutert. Damit nimmt man uns die Möglichkeit, für unseren Tarifvertrag zu werben und die ablehnende Haltung mit Argumenten zu ändern. Wir halten diese Art der Kommunikation zwischen einer legitimierten Gewerkschaft und der Politik für falsch, **sie erinnert uns stark an die alte »Basta«-Politik.**


Unabhängig davon, ob das Land Berlin nun Tarifverhandlungen führen darf oder nicht, **werden wir darauf drängen, mit uns über unser Forderungen zu verhandeln**, um unsere Vorstellungen für gute Arbeit im Land Berlin an Musikschulen durchzusetzen. Auch wenn die Form des Tarifvertrages nicht erlaubt ist, werden wir Formen finden, um unsere Inhalte und Lösungsvorschläge in die Regularien der Arbeits- und Auftragsbedingungen einzubringen.

ver.di fordert die beteiligten Senatsverwaltungen auf, uns als legitimierte Interessensvertreter*innen der Betroffenen Lehrkräfte – maßgeblich an den Lösungen einer »besseren sozialen Absicherung« zu beteiligen. Nur so kann das beschlossene Versprechen des Berliner Senates ernsthaft eingelöst werden.

ver.di wird nicht eher ruhen, bis die Forderungen erfüllt sind.

Darum jetzt Mitglied werden – denn ohne Mitglieder keine Gewerkschaft und ohne Gewerkschaft keine Verhandlungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Musikschullehrkräfte!

Jetzt Mitglied werden.
Es geht auch online:
mitgliedwerden.verdi.de



ver di ■ Beitrittserklärung ■ Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer: _____

Beschäftigungsdaten
 Arbeiter/in Beamter/in freie/r Mitarbeiter/in
 Angestellter Selbständige/r Erwerbslos

Vollzeit
 Teilzeit, Anzahl Wochenstunden: _____

Azubi-Volontär/in-Referendar/in Schüler/in-Student/in (ohne Arbeitseinkommen)
bis _____ bis _____

Praktikant/in Altersteilzeit
bis _____ bis _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in Sonstiges: _____

Beschäftigungsdaten
Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)
Straße _____ Hausnummer _____
PLZ _____ Ort _____
Branche _____
ausgeübte Tätigkeit _____
monatlicher Bruttoverdienst € _____ Lohn-/ Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe _____ Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe _____

Ich möchte Mitglied werden ab
0 1 2 0
Geburtsdatum _____
Geschlecht weiblich männlich

Ich wurde geworben durch:
Name Werber/in _____
Mitgliedsnummer _____

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft
von _____ bis _____

Monatsbeitrag in Euro
Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mind. 2,50 Euro.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Glaubiger-Identifikationsnummer: DE51 2220000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

SEPA-Lastschriftmandat
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto
 monatlich vierteljährlich zur Monatsmitte
 halbjährlich jährlich zum Monatsende

gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Titel/Vorname/Name vom/von Kontoinhaber/in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer _____
PLZ _____ Ort _____

Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!
Personalnummer _____

Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:
Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, meinen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren bei meinem Arbeitgeber monatlich einzuziehen. Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine diesbezüglichen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, zur Erledigung aller meine Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffenden Aufgaben im erforderlichen Umfang verarbeitet und genutzt werden können.

Ort, Datum und Unterschrift
X _____

Datenschutz
Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Titel/Vorname/Name vom/von Kontoinhaber/in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer _____
PLZ _____ Ort _____

Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!
Personalnummer _____

Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:
Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, meinen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren bei meinem Arbeitgeber monatlich einzuziehen. Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine diesbezüglichen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, zur Erledigung aller meine Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffenden Aufgaben im erforderlichen Umfang verarbeitet und genutzt werden können.

Ort, Datum und Unterschrift
X _____